Gemeinde Mainhausen, Montag, 31. Mai 2010

Mainhausen soll eine

Gemeindevertretung berät über Vorlage der Bürgermeisterin

Bisher haben sich 61 hessische Kommunen der Initiative „Hessen-aktiv - 100 Kommunen für den Klimaschutz" angeschlossen. Wenn es nach dem Willen der Bürgermeisterin geht, soll Mainhausen die 62. Kommune werden, die sich dieser Initiative anschließt.

„In unserer Gemeinde sind und waren Umwelt- und Naturschutz schon immer groß geschrieben", erklärt Ruth Disser nicht ohne Stolz, „wir haben immer gekämpft, wenn es galt unsere Umwelt zu schützen." Daher ist es für sie naheliegend, dass sich Mainhausen auch an dieser Initiative beteiligt.

Ziel der Initiative „100 Kommunen für den Klimaschutz" ist es, hessische Kommunen zu animieren, ihr Potenzial zur Energieeinsparung auszuschöpfen, die Energieeffizienz zu steigern und die Nutzung erneuerbarer Energien auszubauen.

Die ersten Schritte hierzu hat Mainhausen, nach Auffassung der Verwaltungschefin, bereits getan. So bezieht die Gemeinde Mainhausen bereits seit einigen Jahren Öko-Strom für die gemeindlichen Einrichtungen, das Konjunkturprogramm wird in Mainhausen nur für energetische Sanierungsmaßnahmen genutzt, so werden das Bürgerhaus Mainflingen und die katholische Kindertagesstätte in Zellhausen energetisch saniert, im Bereich der Straßenbeleuchtung wurde ein Pilotprojekt mit LED-Leuchten eingeleitet und die Mehrzahl der vorhandenen „HQL-Leuchtmittel" wurde gegen stromsparende Leuchtmittel ersetzt.

Mit Unterzeichnung der Charta kommt zunächst Arbeit auf die Gemeinde zu. Dazu gehören die Aufstellung einer CO2-Bilanz und das Erstellen eines Aktionsplanes, der dazu führt, den Ausstoß von Kohlendioxid zu verringern. „Bei der Aufstellung der CO2-Bilanz werden wir durch das Hessische Ministerium, in Form einer Software, unterstützt", berichtet Ruth Disser, „auch Vorschläge für den Aktionsplan liegen bereits vor. Diese müssen zusammengeführt und umgesetzt werden."

Dem Gemeindevorstand und der Gemeindevertretung liegt die Beschlussvorlage der Bürgermeisterin bereits vor. So wird das Thema am 31. Mai im Gemeindevorstand und in der folgenden Sitzung der Gemeindevertretung beraten werden.

Die Verwaltungschefin hofft auf eine zeitnahe Beschlussfassung, damit die Gemeindeverwaltung ihre Arbeit aufnehmen kann.